

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Verzeichniss der Gemeinden.

Altanneberg, Strecken, Blankenstein, Braunsdorf, Buchhardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Lindbach, Losen, Mohorn, Mültz-Koitzschen, Nossitz, Neufing, Neutanneberg, Niederwiesa, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Bernau, Sacksdorf, Schmedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheina, Unterhermsdorf, Weitzsch, Wilsberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 M. 54 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Amtsblatt Wilsdruff.

Druck und Verlag von Martin Berger & Friedrich, Wilsdruff. Für Politik und Feuilleton verantwortlich: Hugo Kriebitzsch, für Rechtliches und den Inseratenteil: Martin Berger.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Korpuszeile.

No. 123.

Dienstag, den 17. Oktober 1905.

64. Jahrg.

Mit Rücksicht auf den am 19. und 20. d. Mts. hier stattfindenden Jahrmakel hat die vorgelegte Regierungsbehörde genehmigt, daß die Verkaufszeit in den Läden, sowie in den Verkaufsständen auf dem Markte am 19. Oktober d. J. bis abends 10 Uhr ausgedehnt werde. Wilsdruff, am 18. Oktober 1905.

Der Bürgermeister. Kahlenberger.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, 16. Oktober 1905.

Deutsches Reich.

Die englisch-französischen Angriffspläne gegen Deutschland.

Jetzt endlich liegt eine halbwegsige englische Neuerungung zu den Delcasséschen Indiskretionen vor. Es wird nämlich gemeldet:

London, 14. Okt. Das Reutersche Bureau ist in den Stand gesetzt worden, bezüglich der sensationellen Enthüllungen in der französischen Presse autoritativ mitzuteilen, daß Deutschland von Großbritannien informiert worden ist, daß die Frage eines Bestandsangebotes an Frankreich seitens Englands niemals entstanden ist und daß Frankreich niemals den Bestand nachgefragt hat. Ferner, daß England niemals einen solchen angeboten hat. Auf Anfragen in englischen Regierungskreisen ist dem Reuterschen Bureau mitgeteilt worden, daß die britische Regierung keine amtliche Erklärung über den Gegenstand abgibt. Man hat also in London einer Ankündigung genügt und auf dem nicht ungewöhnlichen aber zu nichts verpflichtenden Wege durch das Reutersche Bureau erklärt, daß eine förmliche Verhandlung zwischen England und Frankreich über einen Angriff auf Deutschland nicht bestanden habe. Weder England noch Frankreich wollen um Bestand gebeten, noch ihn angeboten haben. Damit wäre die Sache abgemacht, und man könnte annehmen, Herr Delcassé habe der Welt einen riesengroßen Bären aufgebunden. Nun aber ist es doch wohl undenkbar, daß sich der eitle Exminister die ganze Geschichte aus den Fingern gezogen hat, und andererseits ist man gewohnt, auch zwischen den Zeilen Reuterscher Erklärungen lesen zu müssen. Und die obige Meldung läßt immer noch die Möglichkeit offen, daß formelle schriftliche Angebote und Abmachungen zwar nicht bestanden haben mögen, daß aber unverbündliche mündliche Erörterungen stattgefunden haben. Vielleicht wissen die Akten der diplomatischen Archive über einen solchen Plan viel weniger zu erzählen, als die persönlichen Erinnerungen der leitenden Staatsmänner und Botschafter in beiden Ländern. Die obige Reutersche Erklärung hat keine Beweiskraft gegenüber der Annahme, daß der Angriffsplan von beiden Seiten besprochen worden ist, daß er aber noch nicht fertig war, und noch keinen Niederschlag in Form eines schriftlichen Vertrages gefunden hatte, als Herr Delcassé vom Amte zurücktrat. Wären die Indiskretionen des „Matin“ nichts als eitel Wind und Fankerei, so würde sich auch wohl die französische Regierung geduldet haben.

„Gegangen worden“

Ist der preussische Handelsminister Möller, „der lange Möller“. Die Zeiten ändern sich und mit ihnen auch die Formen der Ministerverabschiedung. Bisher bestand hier zu Lande die Einleitung zu dem mehr oder minder unwilligen Rücktritt eines Ministers in einer Visite, die der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers, Herr v. Lucanus, dem zukünftigen Minister a. D. abstattete. Nunmehr aber ist eine Aenderung dieses Brauches zu verzeichnen. Herr v. Lucanus hat dem preussischen Handelsminister Möller keinen Besuch abgestattet, sondern hat ihm eine Einladung zu einer Visite bei Lucanus übermittelt. Ob diese Aenderung der Methode auf das vorgedruckte Alter des Herrn v. Lucanus zurückzuführen ist oder auf andere Gründe, kann natürlich niemand wissen. Von Belang aber ist nur

die Tatsache, daß Herr Möller eine Einladung von Herrn v. Lucanus erhalten und ihr Folge geleistet hat. Der preussische Handelsminister wird also sein Demissionsgesuch einreichen, wenn er es noch nicht getan haben sollte.

Die Vorgeschichte des unmittelbar bevorstehenden Rücktritts Möllers entbehrt nicht eines gewissen pikanten Beigeschmacks. Beim Bergarbeiterstreik hatte der Reichsfänger Fürst Bülow den Handelsminister Möller vor die Alternative gestellt, entweder sein Amt niederzulegen, oder die Bülow'sche Politik entschlossen mitzumachen. Der Minister entschied sich damals schweren Herzens für das Letztere und geriet dadurch naturgemäß bald in schärfsten Gegensatz zu seinen früheren Freunden, den „Salotbaronen“, wie auch zu der den westlichen Bergindustriellen sehr unangenehm, weil arbeiterfreundlichen Bergesegensnovelle. Der damalige Entschluß Möllers bedeutete sein eigenes Todesurteil für seine ministerielle Tätigkeit. Bei den weiteren Verhandlungen in der Hiberna-Angelegenheit wie bei dem Begehren des Fiskus, in das Kohlenhabitat einzutreten, wurden dem abtrünnigen Minister denn auch von seinen einstmaligen Freunden so erhebliche und so deutlich gegen seine Person gerichtete Schwierigkeiten bereitet, daß Herr Möller zu der Erkenntnis kam, er sei dieser übermächtigen Partei seiner Gegner nicht gewachsen. Als Nachfolger Möllers gilt der jetzige Oberpräsident von Westpreußen, Clemens Delbrück, der 1856 in Halle a. S. als Sohn des Kreisphysikus Dr. Delbrück geboren ist.

Das Ende des Streiks in der Berliner Elektrizitätsindustrie.

In dem Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter ist am Sonnabend der Friede geschlossen worden. Kurz nach 12 Uhr mittags fanden sich die Domänen der Arbeiterausstände im Direktionsbureau der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ein und teilten mit, daß die Schraubendreher und Sagerarbeiter bereit seien, die Arbeit zu den vor dem Ausstand angebotenen Bedingungen wieder aufzunehmen. Dann begannen die Besprechungen der Obmänner mit den Vertretern der drei großen Elektrizitätswerke. Hierbei wurden den Streikenden einige Zugeständnisse gemacht. Die Firmen begannen heute mit der Wiedereröffnung der Betriebe. Die bisher beschäftigten Arbeiter werden nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse wieder angenommen, so daß Einstellungen fremder Arbeiter erst erfolgen, nachdem die bisher beschäftigten wieder untergebracht sind.

Ueber die Hinrichtung von Rebellen in Ostafrika

Schreibt man der „Kolonialen Zeitschrift“: Nach Rückkehr des Bezirksamtmanns fand in Lindi ein Kriegsgericht über einen Teil der Gefangenen statt. Da die Aufständischen verurteilt hatten, die Gewehre der Askari gingen nicht los, so wurden die 21 Mann zum Tode durch Erschießen anstatt durch den Strang verurteilt. Sofort nachdem das Urteil gesprochen war, setzte sich der Zug zur Richtstätte in Bewegung. Voran eine Abteilung Askari, die mit Stricken gefesselten Gefangenen, darauf wieder Askari, der Bezirksamtmann, die Richter vom Gericht, schließlich eine Abteilung Matrosen. Auf dem Scheidenstand angelangt, wurden die Gefangenen sektionsweise aufgestellt, ihnen die Augen verbunden und sie durch abgegebene Salven erschossen. Mit einer Ausnahme standen sie ruhig da; nur ein junger Mann schrie und wehrte sich nach Kräften, so daß er an einen Baum gebunden werden mußte. Nachdem allen, die noch atmeten, Gaubenschüsse gegeben waren, wurde abmarschirt. Die Leichen blieben mehrere Tage unberührt liegen. Ein zweites Kriegsgericht wird in den nächsten

Tagen stattfinden, wobei etwa 100 Gefangene abgeurteilt werden sollen.

Man nimmt an, daß die Stadt Lindi nichts mehr zu fürchten hat. Auf den Missionsstationen geht es recht munter zu. Nachdem die Missionare geflüchtet waren — eine Schwester wurde gefangen, zerstückelt und schließlich aufgefressen — setzten die Missionskinder den Betrieb fort. Mit den Kleidern der Missionare angetan, saßen sie zu Tisch, ließen sich auf europäische Weise das Essen servieren, hielten Gottesdienst ab und trieben allerlei sonstigen Unfug. Als Herr v. den Missionaren davon Mitteilung machte, meinte einer: „Das ist den ... schon zuzutrauen.“ An der Küste fangen die Kerle an zu singen: „Wajungu wa na rudi kwao“, („Die Europäer kehren in ihre Heimat zurück.“) Das wünschen sie natürlich alle. Keine Steuern, keine Arbeit, keine Bestrafung von Nord und Brand. Wiederkehr des Rechts des Stärkeren (wofür sich natürlich jeder Regier hält, solange der andere noch nicht auf ihm ruht), das sind die goldenen Seelen unserer Untertanen.

Die Sozialdemokraten gemacht werden.

Davon erzählt die „Kreuzzeitung“ treffende Beispiele aus Berlin. Ein Bäckermeister, so berichtet das Blatt, der nicht auf den „Vorwärts“ abonnieren wollte, ist von den Mitgliedern von der Partei für Freiheit und Recht boykottiert worden und hat in einer Woche 40 Kunden verloren, denen er bis dahin das Frühstück geliefert hatte. Ein Barbier kauft sich wenigstens an jedem Sonnabend den „Vorwärts“, und legt ihn in seinem Lokale aus, denn es ist schon vorgekommen, daß Arbeiter Sonnabends wieder sorgingen, wenn sie ihr Leibblatt nicht fanden. Nebenbei liegt der Fall bei einem Heuarbeiter, der, um nicht boykottiert zu werden, ebenfalls ab und zu den „Vorwärts“ kauft und ihn im Schaufenster auslegen muß. Erst dadurch sind seine Kartoffeln und seine Gemüse für die Arbeiter genießbar geworden. Die Sozialdemokraten scheuen sich nicht nur, ihre eigenen Arbeitsgenossen, wenn diese nicht an die sozialdemokratischen Klassen zahlen, dem Hunger zu überliefern, indem sie bei Androhung eines Streiks ihre Entlassung verlangen, sondern sie üben auch gegen die kleinen Geschäftsleute die schlimmste Erpressung aus. Wenn dann auf dem sozialdemokratischen Parteitage mit Stolz auf das Anwachsen der sozialdemokratischen Presse hingewiesen wird, weiß man, woher dies kommt.

Ausland.

Die Unruhen in Rußland.

Den in Moskau streikenden Sachtlekern, Bäckern und Metallarbeitern schlossen sich allmählich alle Tabakarbeiter, die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten und die anderer Branchen an. Am Dienstag streikten bereits gegen 45000 Mann. Tausende Arbeiter zogen brüllend und höhnend durch die Stadt und demolierten die Betriebe, die die Arbeit nicht einstellen wollten. Es kam zu einer furchtbaren Prügelei zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, wobei etwa 30 Arbeiter schwer verletzt und sechs totgeschlagen wurden. Schließlich beschossen Kosaken die Arbeiter, von denen eine große Anzahl verwundet und getötet wurde. In der ganzen Stadt kommt es beständig zwischen Ausständigen und Arbeitswilligen zu Konflikten, wobei Messer und Schlagringe gehandhabt werden. Die Polizei und das Militär sind nicht imstande, den Tumult zu bändigen, da die Fabriken in der ganzen ungeheuer ausgedehnten Stadt und in den weitläufigen Vororten verstreut sind. Zudem kommen noch die Scharen der Rowdies, die plündern und in stauloser Herzkraft wut alles vernichten, was ihnen in den Weg kommt.